



»Menschen,

lässt uns Menschen werden«

Konzert des Ernst-Busch-Chores Berlin
am 26. und 27. Januar 2008,
jeweils 15.00 Uhr, im Haus der russischen
Wissenschaft und Kultur
Eintritt 10,- EURO

Der Weg zum Bundesverfassungsgericht – eine realistische Möglichkeit zur Überwindung des Rentenstrafrechts

von Rechtsanwalt Benno Bleiberg,

Rechtsanwältin Jacqueline Stoew,

Rechtsanwalt Dr. Rainer Rothe

Die Vertreterversammlungen von ISOR in den Jahren 2004 und 2005 haben die »Konzeption zur Fortsetzung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht« beschlossen und hier Weg und Ziel bestimmt. Das Anwaltsbüro Bleiberg hat die Bereitschaft erklärt, an der Seite von ISOR hierzu das rechtlich Mögliche und Erforderliche zu unternehmen. Und dabei bleibt es! Die Mandatsverhältnisse werden fortgesetzt, insbesondere für die ehemaligen Angehörigen des MfS. Das gilt grundsätzlich bis zu einer abschließenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) bzw. gesetzlichen Regelung und deren Umsetzung.

Die letzte Etappe der juristischen Auseinandersetzung auf dem Weg nach Karlsruhe steht unmittelbar bevor.

Das BVerfG hat bekanntlich mit den Beschlüssen vom 22. Juni 2004 und 27. Juli 2004 alle gegen § 7 AAÜG idF 2. AAÜG-ÄndG gerichteten Verfassungsbeschwerden nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie keine Aussicht auf Erfolg hätten. Zur Begründung ist ausgeführt, dass die vorgelegten Gutachten keine sachlich und zeitlich umfassende auf der Grundlage neuer Erkenntnisse erarbeiteten Analyse des Besoldungs- und Versorgungssystems im MfS enthielten. Sie seien deshalb unzureichend. Das mussten wir zur Kenntnis nehmen, zumal sich die Gutachten wegen der damaligen Verweigerungshaltung zuständiger Behörden zur Herausgabe von Daten und Einsichtnahme in Unterlagen nur auf begrenztes Quellenmaterial stützen konnten. Das BVerfG hatte auch keinen Grund gesehen, selbst Beweis zu erheben oder die Instanzgerichte dahingehend zu verpflichten. Es wies aber darauf hin, dass eine erneute verfassungsrechtliche Überprüfung des § 7 AAÜG

zulässig sei, sofern neue rechtserhebliche Tatsachen gegen die tragenden Feststellungen des BVerfG vorliegen, die eine andere als die am 28. April 1999 getroffene Entscheidung rechtfertigen können.

ISOR und das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg haben sich daraufhin entschieden, die juristische Auseinandersetzung gegen die Entgeltbegrenzung des § 7 AAÜG fortzuführen. Dazu mussten zunächst einmal, wie vom BVerfG gefordert, die neuen rechtserheblichen Tatsachen ermittelt werden.

Gleichwohl ist es uns gelungen, auf juristischem Wege die Daten des Bundesverwaltungsamtes, der »Birthler-Behörde« und der Wehrbereichsverwaltung zu erhalten und ergänzend umfangreiches Material aus Archiven einzusehen. Dieser Prozess wurde durch die von den Mitgliedern eingereichten Petitionen und Briefe an die Bundestagsabgeordneten wirksam unterstützt. Die so gewonnenen Daten sind unabdingbare, zentrale Grundlage für ein neues sozialwissenschaftliches Gutachten, welches durch ein unabhängiges Forschungsinstitut derzeit erstellt wird. Voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres wird das Gutachten über die Einkommensverhältnisse im MfS im Vergleich zur Volkswirtschaft und von NVA/Mdl vorliegen. Gegebenenfalls wird es durch ein zusätzliches Gutachten eines renommierten Verfassungsrechtlers unterstützt.

Damit besteht erstmalig seit den Urteilen aus dem Jahr 1999 die realistische Möglichkeit, eine erneute verfassungsrechtliche Überprüfung der Vorschrift des § 7 AAÜG durch das Bundesverfassungsgericht zu erreichen. Zu diesem Zweck werden durch das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg eine Vielzahl geeigneter Musterverfahren aus-

gewählt und geführt. Bei den Sozialgerichten bereits anhängige geeignete Verfahren werden wieder aufgenommen und mit einer auf dem neuen sozialwissenschaftlichen Gutachten basierenden juristischen Argumentation fortgeführt.

Ziel ist es zu erreichen, dass sich möglichst viele Sozialgerichte mit den neuen beweiskräftigen und aussagefähigen Argumenten, eben den rechtserheblichen Tatsachen, befassen.

Dennoch bleibt abzuwarten, wie sich die Sozialgerichte verhalten und ob sich wenigstens ein Sozialgericht direkt mit einem Vorlagebeschluss an das Bundesverfassungsgericht wendet. Eine direkte Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht scheidet jedenfalls aus, da nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Rechtsweg durch die Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit ausgeschöpft werden muss.

Das juristische Vorgehen im Einzelnen ist abhängig von den Anträgen der Verfahrensbeteiligten und den Entscheidungen der Gerichte in den jeweiligen Instanzen. In welchem Zeitraum es gelingen wird, dem Bundesverfassungsgericht eine erneute Überprüfung der Entgeltbegrenzung des § 7 AAÜG anzutragen, ist ungewiss. Auch kann nicht vorhergesagt werden, welchen zeitlichen Umfang der Prozess der Entscheidungsfindung beim Bundesverfassungsgericht einnimmt. Die angestrebte juristische Auseinandersetzung ist jedenfalls die letzte Chance, die Entgeltbegrenzung für die ehemaligen Angehörigen des MfS zu beseitigen. Das dafür rechtlich Notwendige und Mögliche wird durch das Anwaltsbüro Bleiberg gründlich vorbereitet und unternommen. Wir stimmen mit ISOR überein, dass das gemeinsame Ringen um Rentengerechtigkeit in einem Staat, der sich als Rechts- und Sozialstaat begreifen will, ein sehr gerechtes Anliegen ist. Wir wissen uns insoweit mit dem Grundgesetz in völliger Übereinstimmung, das die Würde des Menschen in seinem Artikel 1 als unantastbar bezeichnet, den Gleichheitsgrundsatz bestimmt und das Eigentum für alle garantiert. Das einzuhalten, fordern wir vom Staat Bundesrepublik Deutschland.

Es kann erforderlich werden, diesen Prozess durch die Mitglieder von ISOR politisch erneut zu unterstützen. Der Vorstand von ISOR wird dann in Abstimmung mit dem Anwaltsbüro Bleiberg die notwendigen Anregungen geben. ■

Eindrucksvolle Würdigung des Lebens und Wirkens von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann

Von Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

Angehörige der Familie, langjährige Freunde und Kampfgefährten, namhafte Persönlichkeiten, Funktionäre der ISOR aus Vorstand, Beirat sowie aus allen TIG des Berliner Raums und der Bezirksstädte der DDR versammelten sich am 18.10.2007 bei einem Kolloquium zu Ehren unseres verstorbenen langjährigen stellvertretenen Vorsitzenden, Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Wolfgang Edelmann.

Horst Parton und neun weitere Redner fanden bewegende Worte, um die bleibenden Verdienste Wolfgang Edelmanns, seine wissenschaftlichen Leistungen und seine menschlichen Qualitäten aus unterschiedlichen Perspektiven und persönlichen Erfahrungen zu würdigen. Als kluger Denker und Organisator hat Wolfgang maßgeblich zur Gründung und inhaltlichen Profilierung von ISOR beigetragen. Ander Seite angesehener Juristen erarbeitete und verwirklichte er in konstruktiver Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskanzlei Bleiberg & Schippert die juristische Konzeption unseres Vereins und stand vielen Mitgliedern selbstlos mit Rat und Tat zur Seite. Geachtet und anerkannt begründete und pflegte er vielfältige, stabile und konstruktive Arbeitsbeziehungen zu anderen Sozialverbänden und Vereinen und nicht zuletzt zur PDS/Linkspartei, deren Mitglied er bis zu seinem Tode blieb.

Wolfgang Edelmann zeichnete sich durch politische und geistige Flexibilität aus, durch scharfe Beobachtungsgabe und die nüchterne Sicht eines Wissenschaftlers auf die Realität. Er war hoch gebildet, kulturvoll und beeindruckend kompetent. Seine frühzeitige und enge Zusammenarbeit mit Prof. Axel Azzola, dem er und ISOR so vieles verdanken, war ein Glücksfall. Das Kolloquium war eine verdiente und angemessene Würdigung der Persönlichkeit und des Wirkens von Wolfgang Edelmann. Es war zugleich – wie Horst Parton hervorhob – auch Bilanz der erfolgreichen mehr als 16-jährigen Arbeit unserer Organisation und Ausblick auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen. Gerade die Rückbesinnung auf die Ausgangssituation von 1990/1991 und die seither erreichten positiven Veränderungen geben Kraft für unseren weiteren Kampf. Dafür hat Wolfgang Edelmann wichtige Voraussetzungen geschaffen, an die wir anknüpfen. Dank seiner unermüdlichen und beharrlichen Arbeit, die von vielen erfahrenen Mitgliedern unserer Organisation unterstützt wurde, sehen wir uns heute im Besitz jener rechtserheblichen Tatsachen, die einen erneuten Gang zum Bundesverfassungsgericht realistisch erscheinen lassen. Das von uns angestrebte sozialwissenschaftliche Gutachten zu

den Einkommensverhältnissen und zur Qualifikationsstruktur im MfS wird auf amtlichen und unanfechtbaren Daten und Dokumenten für den gesamten Zeitraum von 1950 bis 1989 aufgebauen können.

Die Teilnehmer des Kolloquiums bekundeten einmütig, dass sie das Vermächtnis von Wolfgang Edelmann erfüllen werden, indem sie den von ihm und an seiner Seite begonnenen Kampf gegen das Strafrentensystem bis zu dessen endgültiger Beseitigung fortsetzen werden.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand nahm einen erneuten Bericht der Arbeitsgruppe über den Fortgang der unterstützenden Arbeiten zur Fertigstellung des Gutachtens über die Einkommensverhältnisse und Qualifikationsstrukturen im Mfs im Vergleich zur Volkswirtschaft der DDR sowie dem Bereich X entgegen. Dabei konnten erneut wichtige Fortschritte erreicht werden. Der Vorstand bestätigte den Entwurf eines Vertrages mit einem namhaften Wissenschaftler, der sich zur Fertigung eines verfassungsrechtlichen Gutachtens bereit erklärt hat.

Eine Abordnung von ISOR unter Leitung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Recht, Dr. Rainer Rothe, der alle Landesbeauftragten angehörten, nahm zusammen mit Vertretern aus zahlreichen weiteren Sozialverbänden und Vereinen am 30.10.2007 an einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion der Partei »Die Linke« teil. Es wurde über eine Initiative der Linkspartei informiert, die mit insgesamt 17 Anträgen den Bundestag mit »Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten gegenüber Älteren in den neuen Bundesländern bei der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in das bundesdeutsche Recht« konfrontieren will. Dabei hält »Die Linke« an ihrer Forderung fest, den Missbrauch des Rentenrechtes als politisches Strafrecht abzuschaffen und willkürliche Eingriffe in die Rentenformel zu beseitigen. In einem der Anträge wird die stufenweise Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert bis spätestens 2012 gefordert. Andere Anträge beschäftigen sich mit Überführungslücken, z.B. im Gesundheitswesen, bei Geschiedenen, Ballett-Mitgliedern, oder mit Versorgungsrecht z.B. bei Angehörigen der Intelligenz.

Der Vorstand begrüßte die Initiative der Partei »Die Linke«. Horst Parton erklärte bei der Tagung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden am 01.11.2007 gegenüber der Linkspartei die vorbehaltlose solidarische Unterstützung seitens ISOR..



Auf Einladung der TIG Ribnitz-Damgarten/BARTH/Fischland-Darss-Zingst fand am 06.10.2007 in Born/Darss eine Zusammenkunft mit dem Schriftsteller Hermann Kant statt. Mit etwa 70 Teilnehmern war der Versammlungsraum voll besetzt. Es kamen Mitglieder unserer sowie der TIG von Stralsund und Rostock mit Ehepartnern und anderen Begleitpersonen, außerdem Mitglieder und Sympathisanten der Linkspartei aus Dierhagen und anderen Orten. Hermann Kant las aus seinem jüngeren Buch »Okarina«. Er verband Inhalte und Aussagen verschiedener Zeitabschnitte, sprach Positives und Kritisches an. Mit seinen hervorragenden, präzisen Beherrschung der deutschen Sprache beantwortete er Fragen im anschließenden Meinungsaustausch. Trotz kritischer Wertung des geschichtlichen Ablaufs ließ er keinen Zweifel an der Möglichkeit einer gerechteren sozialistischen Gesellschaft, vorausgesetzt, es gelingt, die Menschen, vor allem die Jugend, zu überzeugen. Die Veranstaltung fand große Resonanz. Viele wünschten weitere derartige Zusammenkünfte, da sie zum Zusammen-

halt und zur Standhaftigkeit der ISOR-Mitglieder beitragen. Ein Teilnehmer erklärte seine Bereitschaft, Mitglied von ISOR zu werden. **Henry Otto**

In unserer Mitgliederversammlung der TIG Löbau wurde der Aufruf der TIG Berlin-Hohenschönhausen behandelt und einstimmig beschlossen, dass sich unsere TIG diesem Aufruf anschließt und im Sinne der vorgegebenen Schwerpunkte handeln wird.

Wir können, wenn auch im bescheidenen Maße mitteilen, dass wir zwei weitere Mitglieder und ein förderndes Mitglied in unserer TIG aufnehmen konnten.

Wir halten es für erwähnenswert, dass von den 92 Mitgliedern noch 37 Mitglieder von der Rentenstrafe betroffen sind und 52 Mitglieder ihr solidarisches Verhalten dokumentieren. Um den verstärkt über die Medien vorgetragenen Kampagnen gegen das MfS entgegenzuwirken, haben wir geplant, am 27. März 2008 eine gemeinsame Veranstaltung mit dem BRH, der

GRH, der Kameradschaft Ehemalige im DBWV und der Linkspartei durchzuführen, an der die Autoren des Buches »Angriff und Abwehr«, Gotthold Schramm und Klaus Eichner teilnehmen.

Werner Triegel



In der Februarausgabe konnten wir mitteilen, dass bei der gemeinsamen Mitgliederversammlung der TIG **Berlin-Treptow** und **Köpenick** ein Betrag von 995 EURO gesammelt und als Spende zur Unterstützung von Solidaritätsleistungen des Solidaritätsdienst International (SODI) der GBM, Ortsverein Berlin-Treptow übergeben wurde. Nun erhielten wir die erfreuliche Mitteilung, dass mit den seit Ende des vergangenen Jahres gesammelten Spenden des Ortsvereins Treptow von fast 4.900 EURO die Eröffnung des Kindergartens der vietnamesischen Gemeinde Cam Tuyen aktiv unterstützt werden konnte, denn mit Hilfe dieses Geldes wurde der Kindergarten mit Mobiliar und Spielzeug ausgestattet. Inzwischen wurde der Kindergarten eröffnet und die ersten Kinder können ihn für ihre Vorschulbildung nutzen. In Anwesenheit von Frau Ilona Schleicher (SODI) erhielt der Kindergarten den Namen »Onkel Ho's Enkel« – als Erinnerung und Dank für die erhaltene Solidarität in der Zeit des Krieges und bei der Überwindung der Kriegsfolgen. Nochmals allen Dank, die gespendet haben und so die Solidaritätsleistung ermöglichten.

Karl Jaschob



Der Vorstand der TIG **Rostock** hat sich mit einem Appell und einigen Meinungen von ISOR-Mitgliedern an ca. 270 ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR gewandt, um neue Mitglieder zu gewinnen. Es wurde darauf verwiesen, dass seit 1991 die Mitglieder von ISOR e.V. aufopferungsvoll und uneigennützig gegen das immer noch bestehende Rentenstrafrecht und die damit verbundene Behördenwillkür kämpfen.

Den Ehemaligen wurde erläutert, dass Dank der beharrlichen und besonnenen Arbeit unserer Rechtsanwälte und vieler ISOR-Mitglieder wieder Musterverfahren geführt werden können und die Aussichten auf einen Erfolg auch dieses Mal real vorhanden sind. Wir als Mitglieder von ISOR haben auf politischer Ebene und mit einem hohen finanziellen Aufwand unseren Beitrag geleistet. Wir erbrachten für alle, auch für Nichtmitglieder, eine nicht zu unterschätzende Vorleistung.

Der Appell wurde von den Betreuern in ihren Bereichen verteilt, leider wurde dabei festgestellt, dass ca. 20 bis zu 25 Prozent der uns vorliegenden Adressen nicht mehr stimmt und die »Ehemaligen« verzogen sind. Trotzdem hoffen wir, mit den verbliebenen Adressaten ins Gespräch zu kommen, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Wir brauchen in dieser Etappe unseres Kampfes die Mithilfe aller ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR. Solidarität, Vertrauen und Zuversicht sind gerade jetzt entscheidend, um zum Erfolg zu kommen.

Horst Zöllick



Am 16. Oktober führte die TIG **Templin** ihre Herbstversammlung durch, an der als willkommener Guest unser Vorstandsmitglied Horst Hartrampf teilnahm. In seinen Ausführungen zeigte er in sachlich überzeugender Form auf, welchen juristischen und politischen Weg wir als ISOR bisher gegangen sind und worauf es besonders in der nächsten Zeit ankommt. Dabei wurden insbesondere die Verdienste von Prof. Dr. Edelmann als stellv. Vorsitzender im Zusammenwirken mit den Rechtsanwälten Bleiberg und Schipper und mit Prof. Dr. Axel Azzola gewürdigt. Die zu Beginn unserer Veranstaltung eingelegte Gedenkminute war ein klarer Ausdruck dieses Bekenntnisses. Die Zusammenkunft des ISOR-Vorstandes mit ehemaligen Funktionsträgern zur Klärung offener Fragen wurde begrüßt. Wir protestieren entschieden gegen Äußerungen einiger Politiker, die GBM und ISOR als »Stasivereine« in der Öffentlichkeit zu betiteln. Es ist und bleibt Verfassungsrecht, unsere vorthaltenen Rentenansprüche einzuklagen und zu sichern.

Diese Veranstaltung hat den Optimismus für unseren weiteren Gerechtigkeitskampf und insbesondere zur zielstrebigen Durchsetzung der politischen Führungskonzeption weiter ausgeprägt.

Heinz Matzdorf



Am 27. Oktober trafen sich das ISOR-Vorstandsmitglied Siegfried Felgner und der TIG-Vorsitzende von **Hagenow** Horst Dittmann mit ehemaligen Angehörigen des MfS in Hagenow zu einem Informationsgespräch, um über die aktuelle Situation im Kampf von ISOR gegen das noch bestehende Rentenstrafrecht zu informieren und über den Schwerpunkt Mitgliedergewinnung zu sprechen.

Der Einladung waren 19 Teilnehmer gefolgt, darunter drei ISOR-Mitglieder.

Siegfried Felgner bewertete die bisherige Arbeit und die erzielten Erfolge von ISOR für die Mitglieder und auch für die noch nicht organisierten u.a. auch ehemaligen Angehörigen des MfS, die sich dem Kampf gegen das Rentenstrafrecht noch nicht angeschlossen haben. Die Frage der Solidarität und Geschlossenheit des Einzelnen und des Vereins wurde in der jetzigen Phase besonders deutlich gemacht. Erfolg kann nur erzielt werden, wenn Politik und Staat mit konkreten, nachweisbaren Fakten konfrontiert werden, um damit das Rentenstrafrecht zu kippen. Dazu ist die aktive Beteiligung der ehemaligen Angehöri-

gen des MfS, auch in Hagenow erforderlich. Im Ergebnis des Informationsgesprächs, dem Erfordernis von Solidarität, Geschlossenheit und persönlicher Verantwortung folgend, stellten sieben Teilnehmer den Antrag zur Aufnahme in ISOR. Zwei ehemalige ISOR-Mitglieder stellten den Antrag auf Wiederaufnahme. Die teilnehmenden Ehepartner bekundeten ihre uneingeschränkte Solidarität.

Peter Albrecht und Klaus-Dieter Thiel



Im Oktober führte unsere TIG **Berlin-Lichtenberg 2** eine Mitgliederversammlung zum Thema »Unser Kampf um Rentengerechtigkeit, gegenwärtiger Stand und weitere Aktivitäten« mit einer Vielzahl unserer Mitglieder durch.

Der stellvertretende Vorsitzende unserer Initiativgemeinschaft Prof. Dr. Horst Bischof schilderte überzeugend den erreichten Stand besonders bei der Erarbeitung der Dokumente zum Gutachten für den erneuten Gang zum BVerfG. Die aufwändige Arbeit und hohe Einsatzbereitschaft der an diesen Dokumenten arbeitenden ISOR-Mitglieder fand hohe Anerkennung und Würdigung bei den Teilnehmern.

Dem Vorstand der ISOR wurde der Dank für seine weitsichtige, realistische und beharrliche Arbeit ausgesprochen.

Einmütigkeit bestand darin, den Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts mit juristischen und politischen Aktivitäten weiter zu verstärken und der gegenwärtigen Ausgrenzung unserer Mitglieder auf noch breiterer Front entgegenzutreten.

Würdigung fand sowohl die Solidarität und Zusammenarbeit der im OKV vertretenen Verbände für diese Ziele als auch das große Engagement der ISOR-Mitglieder und Funktionäre aus den ehemaligen Sicherheitsorganen der DDR für die Beseitigung des Rentenstrafrechts. Dabei kommt es uns vor allem auf die Bündelung dieser Aktivitäten an, nicht auf das Hervorheben manch unterschiedlicher Sichtweisen. Mit großer Zustimmung nahmen unsere Mitglieder die Appelle auf der Protestveranstaltung der im OKV vertretenen Verbände am 03.10.07 zur Kenntnis, dass der Diskriminierung der Ostdeutschen und ihrer Geschichte noch mehr entgegen gewirkt werden muss.

Wir verstehen darunter besonders, auch Schluss zu machen mit dem Missbrauch des Rentenrechts zum Zwecke der Ausgrenzung unserer Mitglieder. Wir verwahren uns auch dagegen, dass die Wahrheit über die Arbeit des MfS zur Erhaltung und Sicherung des Friedens, zum Schutz der Volkswirtschaft und zum Wohle der Bevölkerung bewusst verschwiegen und durch zunehmende Verleumdungspropaganda gegen die DDR und ihre Sicherheitsorgane ersetzt wird.

Die Auswertung der Veranstaltung vom 22.10.07 zur Würdigung des Lebens und Wirkens von Prof.

Edelmann war uns Anlass zur Verpflichtung, sein Vermächtnis durch erhöhte Anstrengungen und Stärkung unserer Reihen zu erfüllen.

Heinz Schuster



Mitgliederversammlung mit Bürgerschaftspräsidenten

Wie schon mehrfach in den vergangenen Jahren mit Politikern verschiedener Parteien praktiziert, hat der TIG-Vorstand diesmal den Bürgerschaftspräsidenten der Hansestadt Stralsund, Herrn Zimmer (CDU), zu einer Gesprächsrunde eingeladen, um über die aktuelle Politik und über die nächsten Vorhaben in der Hansestadt zu sprechen. Zur Versammlung am 04.10.2007 erschienen mit hohen Erwartungen ca. 50 Mitglieder der TIG Stralsund. Leider wurden diese Erwartungen nur teilweise erfüllt. Was hat diese Versammlung für die TIG gebracht?

Positiv ist, dass endlich einmal der unmittelbare Kontakt mit einem der höchsten Vertreter der Stadt Wirklichkeit wurde. Das Aufeinanderzugehen war für beide Seiten schwierig, aber hoffentlich von Nutzen. Die gestellten Fragen wurden – wie nur zu verständlich – aus der Sichtweise des Bürgerschaftspräsidenten beantwortet. Die Diskussionsbeiträge vom Standpunkt der Betroffenen wurden mit dem Ziel gehalten, den Gast zum weiteren Nachdenken anzuregen. Leider waren die Reaktionen unseres Gastes sehr spärlich. Trotzdem bleibt zu hoffen, dass kritische Bemerkungen auch von ISOR-Mitgliedern helfen können, die Kommune voranzubringen, insbesondere, wenn Amtspersonen der Stadt erfahrungsgemäß oft nur einseitig oder gar nicht informiert sind. Im Zusammenhang mit den 2008 anstehenden Schöffewahlen wurde deutlich, dass die einstigen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auch im achtzehnten Jahr der staatlichen Einheit keine Chance haben, in den Besitz aller verfassungsgemäßen Grundrechte zu kommen. Der Vorstand der TIG ist sich gewiss, dass er dem Anliegen von ISOR entsprechen wird, wenn er weiterhin auch im kleineren Kreis ständigen Kontakt mit Politikern in der Kommune oder im Land hält, sich über die verschiedensten Angelegenheiten zu Wort meldet, Vertrauen aufbaut und so auch Unterstützung für das eigene Anliegen findet. Ein Schritt auf diesem Weg ist gemacht!

Vorstand der TIG Stralsund



Mit großer Aufmerksamkeit und mit vielen Erwartungen verfolgten 188 Mitglieder aus **Marzahn/Hellersdorf** die Ausführungen von Horst Parton über die weiteren politischen und juristischen Aufgaben.

Die vermittelte Zuversicht, ein sicher vorsichtiger Optimismus zum Gelingen der nächsten Schritte, übertrug sich sehr schnell auf die Zu-

hörer. Viele der Anwesenden fühlten sich in ihrer Arbeit bestätigt und nahmen die übermittelten Aufgaben an, um sie mit den Mitgliedern durchzusetzen. Sie sind sich bewusst, diese Zuversicht in die Mitgliedschaft zu tragen und mit dieser Überzeugung neue Mitglieder zu werben. Die Bereitschaft bei den Mitgliedern zu wecken, neue Petitionen und Schreiben an die Politiker zu richten, verlangt eine große Überzeugungsarbeit des Einzelnen. Die in der Vergangenheit abgelehnten Petitionen wurden oft mit Unsachlichkeit in den Argumenten durch einzelne Politiker begründet. Wir verlangen eine objektive Begründung und richten die Aufforderung an die Politiker, sich auch uns gegenüber an das Grundgesetz zu halten. Auch wurde die Bereitschaft geweckt, sich aktiv in die Verbände und Organisationen einzubringen. Die Gruppen wurden aufgefordert, Mitglieder für die Durchführung sozialgerichtlicher Schritte entsprechend der Orientierung der Arbeitsgruppe Recht zu gewinnen. Dr. Rainer Rothe begründete den juristischen Weg und die sich daraus ableitenden Möglichkeiten zum Gelingen unserer Sache.

Horst Reichhardt

men Nebeneffekt, dass sie obendrein noch Geld sparen würden. Ab 2008 wird jedoch der Sozialträger alle Männer ab 63 und alle Frauen ab 60 Jahren in die Rente zwingen. Enorme Abschläge von bis zu 18 Prozent wären die Folge.

Meist besitzen Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien auch keine weiteren Rücklagen. Dies führt dazu, dass sie aufgrund ihrer häufigeren Erwerbslosigkeit eher unter die Regeln zur Zwangsverrentung fallen werden. Ihre Rente ist sowieso ohne Abschläge nur selten höher als die Sozialhilfe. Durch die zusätzlichen Einbußen sind sie dann für den Rest ihres Lebens auf die Grundsicherung im Alter angewiesen.



Pressemitteilung von Klaus Ernst: Mitten im Aufschwung eine Rentenkürzung

Der Schätzerkreis zur Rentenversicherung hält 2008 eine Rentenerhöhung von 1,03 Prozent in den alten und von 1,13 Prozent in den neuen Bundesländern für möglich. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion »DIE LINKE«, Klaus Ernst, am 31.10.07:

Die geplante Rentenerhöhung im Jahr 2008 ist ein sozialpolitischer Skandal erster Güte. Der Schätzerkreis der Rentenversicherung hat den rentenpolitischen Offenbarungseid der Bundesregierung eingeleitet. Mitten im Wirtschaftsaufschwung müssen die Rentnerinnen und Rentner weiter auf eine echte Rentenerhöhung warten, vor allem weil die Lohnentwicklung immer mehr hinter dem Wirtschaftswachstum zurück bleibt. Die lohnpolitischen Versäumnisse der Vergangenheit, vor allem die beharrliche Weigerung, einen Mindestlohn einzuführen, rächen sich einmal mehr bitter. Die Minirentenerhöhung von etwas mehr als einem Prozentpunkt macht für den Eckrentner weniger als 10 Euro im Monat aus. Ein Vielfaches dessen verschlingen die Preisanstiege bei Lebensmitteln, Strom, Wasser und Gas. Übrig bleibt eine weitere Kürzung der Nettorenten. Die Reformen der Regierungen Schröder und Merkel haben das einstmais vorbildliche deutsche Rentenversicherungssystem nachhaltig beschädigt. Die Linke fordert eine Wiederbelebung der bewährten Rentenformel. Die Dämpfungsfaktoren müssen weg, weil sie verhindern, dass der Aufschwung bei den Rentnerinnen und Rentnern ankommt.

(Aus: www.linksfraktion.de)



Die Fraktion »Die Linke« hat am 18.10.07 einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, bis Ende 2007 einen Stufenplan vorzulegen, nach dem schnellstmöglich in mehreren Schritten bis spätestens 2012 der aktuelle Rentenwert (Ost) auf den aktuellen Rentenwert angehoben wird.

(Bundestagsdrucksache 16/6734)

Bei anderen gelesen:

In einem Beitrag in »Clara«, dem Magazin der Fraktion »DIE LINKE«, im Deutschen Bundestag, Nr. 5/07, unter der Überschrift »**Von der Rente muss man gut leben können – Rentenexperte der LINKEN Volker Schneider wehrt sich gegen Zwangsverrentung**« stellt Michael Stamm den saarländischen Rentenexperten der LINKEN vor und erläutert u.a. das bedrohliche Problem der Zwangsverrentung am Beispiel des 63jährigen Hans-Georg Schmidt: *So, wie es ... aussieht, wird Hans-Georg Schmidt ab dem nächsten Jahr zwangsverrentet werden. Ob er will oder nicht, er muss in Rente gehen. Schuld daran ist die rot-grüne Hartz-IV-Gesetzgebung. Sie schreibt vor, dass ältere ALG-II-Empfänger zum frühestmöglichen Zeitpunkt ihre Rente beantragen müssen. Ansonsten kann die Agentur oder Kommune selbst einen Rentenantrag stellen, auch wenn dies mit erheblichen Abschlägen in der Alterssicherung verbunden ist. Noch verhindert die sogenannte 58er-Regelung die Zwangsverrentung. Diese läuft Ende 2007 aus. Bisher konnten Erwerbslose, die das 58. Lebensjahr erreicht haben, auf Antragstellung von der Arbeitsvermittlung entbunden werden und bis zum Eintritt ins reguläre Rentenalter im ALG-1-Bezug verbleiben. Der Vorteil für die Agentur für Arbeit: Hans Georg Schmidt würde in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr erscheinen und müsste dementsprechend auch nicht mehr vermittelt werden. Dies hätte für die Agentur oder Kommunen den angeneh-*

Pressemitteilung 12/07 - Bonn, 19.10.07:
BAGSO fordert konkreten Plan für Rentenangleichung



Anlässlich eines Besuches in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt forderte Walter Link, Vorsitzender des Dachverbandes von 97 Senioren-Organisationen mit über 12 Millionen Mitgliedern, eine Angleichung der Ostrenten an

das Westniveau. Die Bundesregierung müsse nun, 17 Jahre nach der Einheit, einen konkreten Stufenplan vorlegen.

Die wirtschaftliche Lage der Seniorinnen und Senioren in den neuen Bundesländern ist im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass sie zu 90 Prozent ausschließlich Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben. Im Vergleich dazu erhalten in den alten Bundesländern mehr als 40 Prozent der Rentnerinnen und Rentner darüber hinaus eine Betriebsrente. Hinzu kommt, dass in Westdeutschland 55 Prozent

im eigenen Heim und damit mietfrei wohnen, im Osten sind es lediglich 35 Prozent.

In den letzten Jahren sind den Seniorinnen und Senioren zahlreiche Belastungen zugemutet worden, u.a. die Nullrunden bei der Rente ohne Inflationsausgleich, die Verdoppelung des Beitrags zur Pflegeversicherung, Zuzahlungen im Gesundheitswesen und nicht zuletzt die Erhöhung der Mehrwertsteuer. »Mangels anderer Einnahmequellen treffen diese Belastungen die Menschen in Ostdeutschland besonders hart«, so der langjährige Bundestagsabgeordnete Walter Link. ■

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

Zum 94. Geburtstag

Hildegard Kaufmann, Chemnitz

Zum 93. Geburtstag

Walter Krumpa, Cottbus
 Gerda Vincenz, Bln.-Treptow

Zum 90. Geburtstag

Elfriede Guhleemann, Rostock
 Walter Voigt, Plauen-Mainhardt

Zum 89. Geburtstag

Hubertus Gast, Bln.-Marzahn
 Helmut Janek, Jena/Kahla

Zum 88. Geburtstag

Dorothea Baruth, Bln.-Prenzl. Bg.
 Nora Eibig, Dresden
 Hans Otto, Annaberg-Buchholz
 Heinz Pietsch, Bischofswerda
 Hans Rittig, Jüterbog
 Elsa Schwaneberger, Leipzig

Zum 87. Geburtstag

Ernst Behrens, Magdeburg
 Hans Heinrich, Halle-Neustadt
 Erich Krause, Bln.-Treptow
 Elisabeth Möbus, Bln.-Fr'felde
 Heinz Schulz, Bln.-Treptow
 Helmut Wappeler, Chemnitz

Zum 86. Geburtstag

Enno Baumgärtel, Plauen
 Hildegard Behrendt, Cottbus
 Werner Engel, Eisenhüttenstadt
 Emmi Hadam, Erkner
 Horst Hegewald, Chemnitz
 Gertrud Henschke, Frankfurt/O
 Käthe Jung, Magdeburg
 Dora Kost, Jena
 Heinrich Kratochil, Aschersleben
 Walter Krüger, Schwerin
 Rudi Kummer, Bad Liebenwerda
 Hertha Marterer, Bln.-Hellersdorf

Willi Neumann, Bln.-Marzahn

Rudolf Pickel, Bln.-Fr'hain

Ilse Pößiger, Bln.-Fr'felde

Anton Stellmach, Rudolstadt

Gotthard Wendler, Schwarzenberg
 Hedwig Woita, Bln.-Prenzl. Bg.

Zum 85. Geburtstag

Heinz Blaschke, Bln.-Köpenick
 Heinz Müller, Chemnitz
 Rudolf Bilek, Löbau
 Elfriede Kassner, Bln.-Treptow
 Elfriede Schlenzig, Zschopau
 Lieselotte Stenke, Perleberg
 Adolf Voit, Waren/Röbel

Zum 80. Geburtstag

Siegfried Andrä, Bln.-Pankow
 Edith Asmus, Rostock
 Ilse Bartholome, Arnstadt
 Toni Biela, Bln.-Hellersdorf
 Gerda Böhme, Dresden
 Harri Botz, Rostock
 Ursula Brühmann, Bln.-Treptow
 Erich Brunne, Stüdenitz
 Rosa Brunne, Stüdenitz
 Horst Fischer, Oelsnitz
 Tamara Friedrich, Erkner
 Rudi Fuchs, Sassnitz
 Erhard Härtlein, Chemnitz
 Wolfgang Haufe, Cottbus
 Werner Heinker, Karlshagen
 Roland Hetzer, Bln.-Köpenick
 Günther Hoferichter, Perleberg
 Ritta Hofmann, Bln.-Köpenick
 Günter Jacob, Gera
 Gabriele Keilig, Bln.-Fr'hain
 Helmut Kirchner, Strausberg
 Gertraud Klein, Gera
 Edith Klenner, Schwerin
 Horst König, Panketal
 Walter Kowal, Halle
 Else Küllmey, Bln.-Treptow
 Elenore Marschik, Freital

Jürgen Martens, Sassnitz

Elfriede Maryniak, Rostock

Rudi Meichsner, Forst

Kurt Neubert, Eilenburg

Gerhard Polster, Chemnitz
 Gertraude Quaas, Dresden

Helmut Richter, Cottbus

Günter Rieche, Magdeburg

Alma Scherwinski, Rostock

Helga Schietzelt, Dresden

Ingeborg Schlieker, Bln.-Fr'felde

Anni Schurz, Suhl

Eduard Seifried, Wolmirstedt

Dr. Joachim Skopinski, Pdm.-Zentrum

Hans-Joachim Speer, Leipzig

Ursula Syrbe, Finsterwalde

Alfred Thurm, Leipzig

Ursula Ullmann, Cottbus

Helmut Wäldchen, Magdeburg

Dr. Kurt Wagner, Neubrandenburg

Werner Weise, Bln.-Treptow

Heinz Wirthgen, Bln.-Treptow

Marga Wodiczka, Bln.-Fr'felde

Margot Woinke, Bln.-Fr'felde

Eva Wokeck, Bln.-Treptow

Waltraud Zimmermann, Bln.-Treptow

Zum 75. Geburtstag

Wolfgang Beck, Bernau
 Gerhard Behnke, Werder
 Christoph Berger, Frankfurt/O
 Dr. Hans-Jürgen Beu, Aschersleben
 Hans-Joachim Bock, Blankenfelde
 Manfred Bronder, Blankenfelde
 Heinz Bunk, Aschersleben
 Hans Conradi, Bln.-Köpenick
 Werner Däne, Bln.-Fr'felde
 Brigitte Däweritz, Bln.-Fr'felde
 Manfred Döring, Erkner
 Wladimir Eichler, Chemnitz
 Sigtraut Finzelberg, Bln.-Pankow
 Anneliese Flesch, Aschersleben
 Irmgard Fricke, Zeitz
 Helmut Fritzsche, Bln.-Fr'felde
 Ingrid Gaing, Leipzig
 Rudolf Geßner, Dresden
 Theo Gryss, Anklam
 Manfred Hanke, Bergen
 Fritz Heidrich, Schwerin
 Erika Helfer, Dresden
 Gerhardt Hertel, Gera
 Heinz-Werner Höfer, Bln.-Köpenick
 Bruno Hoffmann, Schwerin
 Eva Hünefeld, Strausberg
 Rosemarie Karpinski, Strausberg
 Alfred Köpke, Bln.-Marzahn
 Otto Kohlert, Eisleben
 Sonja Kubel, Kamenz
 Reinhold Lück, Rostock
 Anna Naumann, Bln.-Fr'hain
 Heinrich Oehming, Neubrandenburg
 Gerhard Paul, Dresden
 Reinhard Philipp, Chemnitz
 Kurt Ranzinger, Gera
 Brigitte Raschke, Bln.-Prenzl. Bg.
 Elfriede Richter, Neue Mühle
 Harry Richter, Bln.-Fr'felde
 Rolf Roessler, Bln.-Köpenick
 Erna Saal, Halle
 Josef Schaffer, Suhl
 Siegfried Scherbarth, Halle
 Dietmar Schmidt, Cottbus
 Hans Schmidt, Gera
 Fritz Schneider, Strausberg
 Herbert Schubert, Zeitz
 Charlotte Schüler, Stralsund
 Helmut Steinhorst, Bln.-Mitte
 Lothar Stölzel, Strausberg
 Joachim Strohbach, Aschersleben
 Inge Trinkler, Schwerin
 Horst Tschernner, Stralsund
 Dietmar Weißflog, Bln.-Fr'hain
 Erich Wieseke, Gransee
 Anna Winkler, Güstrow
 Dieter Woidt, Sternberg
 Margarethe Wolf, Chemnitz
 Dr. Johannes Wujanz, Blankenberg
 Margit Zillich, Bln.-Treptow
 Hildegard Zürgeh, Wismar

Aus der Postmappe:

Vom 8. bis 14. September führten 14 ehemalige VP-Angehörige der Verwaltung Finanzen des MdI – alle Mitglieder der ISOR seit Anfang der neunziger Jahre – mit Familienangehörigen eine Busreise in das Riesengebirge der Republik Tschechien durch. Sie wurde ein voller Erfolg und führte zur weiteren Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühls, wie auch schon in den vorangegangenen Zusammenkünften unter Beweis gestellt. Im Mittelpunkt unserer Zusammenkünfte standen stets Fragen des Kampfes der ISOR gegen das immer noch bestehende Rentenstrafrecht für alle ehemaligen Mitarbeiter des MfS und willkürlich ausgewählte ehemalige Angehörige anderer Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR. Wir werden diesen Kampf in den Reihen der ISOR weiterführen, bis das Rentenstrafrecht endgültig beseitigt ist. Wir fordern deshalb alle ehemaligen VP-Angehörigen auf, weiterhin in Solidarität mit allen übrigen ISOR-Mitgliedern diesen Kampf durch ihre Mitgliedschaft zu unterstützen. *Klaus Gennermann, Bln.-Pankow*



Wie zu erwarten war wurde auch dieses Jahr der 3. Oktober genutzt, um die DDR zu delegitimieren und die ehemaligen Angehörigen des MfS zu diffamieren. Gleichzeitig wurde damit versucht, von den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Problemen in Deutschland abzulenken. Es ist schon makaber, wie mit gezielten Desinformationen die Menschen in Deutschland beeinflusst werden sollen.

Allein wenn man hört, was Frau Birthler und Herr Knabe über die jährlichen Besucherzahlen in den sog. Stasi-Museen melden, könnte man von einem breiten Interesse ausgehen. Es wird jedoch mit keinem Wort erwähnt, dass diese Besucher mit Pflichtveranstaltungen in Schulen, der Bundeswehr und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen in diese Museen gescheucht werden, in denen den Besuchern dann Gräuelmärchen über das MfS erzählt werden. Der Höhepunkt der Verleumdungen fand wie erwartet zum 03. 10. dieses Jahres statt. Ich begrüße es

deshalb, dass es noch Menschen und Anwälte gibt, denen solche Volksverhetzungen von »Bürgerrechtler« entschieden zu weit gehen. Ich begrüße es, dass gegen diese Personen Strafanzeige gestellt wurde. Diese Leute müssen endlich erkennen, dass auch Teile der Bevölkerung der DDR aufgrund ihrer gesellschaftlichen Arbeit und der entsprechend den Gesetzen der DDR durchgeführten Tätigkeit nicht zu Freiwild erklärt werden dürfen, zumal noch mit solchen fadenscheinigen und verlogenen Begründungen. Und alles nach dem Motto »Eine Lüge muss nur lange und oft genug verbreitet werden, dann glauben die Menschen dies auch.« *Georg Wasmund*

Auf dem Büchermarkt:

Heinz Geyer: Zeitzeichen – 40 Jahre in Spionageabwehr und Aufklärung

160 Seiten, gebunden, 12,80 EURO

ISBN 978-3-89706-859-9

Kai Homilius / Spotless

Edition Zeitgeschichte Band 8

Der letzte Stabschef der HVA im MfS veröffentlicht seine Autobiographie.

Am 28. November um 19.00 Uhr stellt

Heinz Geyer bei der GBM, Weitlingstr. 89, 10317 Berlin seine Autobiographie vor.



Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) hat von der Protestveranstaltung »Alternativer 3. Oktober«

➤ eine Dokumentation der Reden (2,- €)

➤ eine DVD zur Veranstaltung incl. des Kulturprogramms (5,- €) herausgegeben.

Zu erwerben in der Geschäftsstelle der GBM, Weitlingstr. 89, 10317 Berlin. Tel.: 030 / 55 78 397

Von Mitglied zu Mitglied:

Weihnachten nicht allein sein!

Hotelpension im Heide-Teichgebiet Niederspree, unendlich viel Ruhe!

Mit Weihnachtsfeier und 3-Gänge Menü am 1. Feiertag. Für ISOR-Mitglieder 10% Rabatt

Tel.: 035894 - 30470 www.pensionweiser.de



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



RUDI ASMUS, Bln.-Fr'hain

HEINZ BAUM, Görlitz

DR. WERNER BAUMERT, Pdm.-Zentrum

ELISABETH BENTIN, Prenzlau

GÜNTER BLIESENER, Bln.-Hsns.

HANS-JÜRGEN BOCHMANN, Pdm.-Kirchsteigfeld

RUDI BREITGAM, Aschersleben

RUTH BUCHOWSKI, Bernau

EWALD BÜHNER, Bad Salzungen

GÜNTER DEYSING, Cottbus

RUDOLF EIFERT, Rangsdorf

SIEGFRIED EISENHUTH, Bernau

ROLAND FRITSCH, Bln.-Hsns.

EBERHARD GEROLD, Weißenfels

JÜRGEN HEIDE, Niesky

FRIEDEMEL HEMISCH, Plauen

HILDEGARD HÜBNER, Leipzig

LOTHAR HUSKOBLA, Cottbus

VLADISLAV KARMAZIN, Eichwalde

WILLY KASPER, Dresden

JÜRGEN KIRSTEN, Bln.-Hsns.

SIEGFRIED KLOSIG, Heidesee, OT Prieros

ROLF KOHLISCH, Bad Frankenhausen

GÜNTHER KRÜGER, Neubrandenburg

SIEGFRIED KÜCHLER, Bln.-Fr'hain

HEINZ LAURISCH, Pdm.-West

GERT LEHMANN, Quedlinburg

KARL MARQUARDT, Plauen

GÜNTHER MELZ, Pdm.-Ost

DIETER PUSCH, Halle

KARLHEINZ RABENSTEIN, Chemnitz

WERNER RAMM, Bln.-Marzahn

WOLFGANG RICHTER, SCHÖNEBECK

DIETER ROGGENBUCK, Delitzsch

MANFRED SACHSE, Bln.-Köpenick

HORST SCHINDELHAUER, Bln.-Pankow

DIETMAR SCHREIBER, Cottbus

HANS SEIDEL, Chemnitz

HANS SEIDEL, Bln.-Mitte

ERICH SIEGERT, Tangerhütte

ERWIN STRECKER, Effelder

KURT TEICHERT, Lübeck u. Stralsund

KLAUS-PETER TESSIN, Rostock

RUDI TISCHENDORF, Bansin

ERICH TRÄNKNER, Bln.-Pankow

MAX VOIGT, Bln.-Fr'felde

EBERHARD WEICHENHAIN, Bln.-Hellersd.

GÜNTHER WEIDEMANN, Bln.-Fr'felde

WERNER WENDROCK, Marienberg

GÜNTHER WITZKE, Sassnitz

Ehre ihrem Andenken

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 31.10.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.11.2007

Einstellung im Internet: 07.12.2007

Auslieferung: 13.12.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr